24. - 26. März 2006

19. öffentliche Bundesversammlung in Trier: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit“

***Wir sind Kirche*-Bundesversammlung sendet Proteste nach Trier und Rom**

Das Impulsreferat der 19. öffentlichen Bundesversammlung, die vom 24. bis 26. März 2006 unter dem Leitwort "Zur Freiheit hat uns Christus befreit" in der Bischofsstadt Trier statt fand, hielt Prof. Dr. Karl-Heinz Ohlig, Professor für Religionswissenschaft und Geschichte des Christentums an der Universität Saarbrücken. Dieses Bundestreffen, zu dem mehr als 100 Delegierte und Gäste aus den deutschen Diözesen kamen, diente auch der Vorbereitung der Beteiligung der katholischen Reformbewegung am 96. Deutschen Katholikentag, der Ende Mai in Saarbrücken stattfindet.

Forderung an den Trierer Bischof Dr. Reinhard Marx, Suspendierung und Entzug der Lehrerlaubnis von Prof. DDr. Gotthold Hasenhüttl zurück zu nehmen

Die in Trier versammelten TeilnehmerInnen der Bundesversammlung der KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche protestieren beim Trierer Ortsbischof Dr. Reinhard Marx gegen die vollkommen unangemessene Disziplinierung von Prof. DDr. Gotthold Hasenhüttl. Sie fordern ihn auf, sowohl die Suspendierung vom Priesteramt als auch den Entzug der Lehrerlaubnis umgehend zurück zu nehmen.

Damit wird Bischof Dr. Reinhard Marx ein wichtiges Zeichen setzen, dass Gerechtigkeit und Friede in der Kirche möglich sind. Als Vorsitzender von "Justitia et Pax" und als gastgebender Bischof des 96. Katholikentags (Motto: "Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht") wird er innerkirchliche und ökumenische Glaubwürdigkeit zurück gewinnen. Die Korrektur einer Entscheidung, die den meisten Gläubigen nicht vermittelbar ist, ist ein Zeichen von Stärke und christlichem Handeln. Hasenhüttl erhielt seine Kirchenstrafen, weil er bei einem Gottesdienst während des Ökumenischen Kirchentags 2003 in Berlin auch evangelische ChristInnen zur Kommunion eingeladen hatte.

Protest gegen Abweisung Roms der Beschwerde gegen die Rätereform im Bistum Regensburg

Die Bundesversammlung protestiert eindringlich gegen die vor wenigen Tagen von der Kleruskongregation des Vatikans zugestellte Abweisung der Beschwerde von Prof. Dr. Johannes Grabmeier gegen die Rätereform im Bistum Regensburg.

Besondere Empörung ruft die Begründung hervor, mit der alle seit der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer ("Würzburger Synode" 1972-1975) bestehenden Beschlüsse und darauf beruhenden Entwicklungen wie die Pfarrgemeinde-, Dekanats- und Diözesanräte mit einem einzigen Satz für nichtig erklärt werden. Wörtlich heißt es im Text: "Da die Beschlüsse der Gemeinsamen Synode der Promulgation [öffentliche Verkündigung"> des Codex des kanonischen Rechts von 1983 zeitlich vorausgehen, sind diese aufgehoben (can. 5 § 1 CIC)."

Die Bundesversammlung ruft das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und die Deutsche Bischofskonferenz eindringlich dazu auf, diesen Affront gegen das katholische Leben in Deutschland zurückzuweisen und von der zuständigen Behörde des Vatikans eine differenzierte Feststellung einzufordern, dass die Beschlüsse der Würzburger Synode nicht dem kirchlichen Recht widersprechen.

Falls dies nicht erfolgt und im Falle weiterer Relativierungen der auf der Grundlage des Zweiten

Vatikanischen Konzils (1962-1965) durch die Würzburger Synode entwickelten Laienrechte, sieht die Bundesversammlung die große Gefahr eines unabsehbaren Schadens für die künftige Bereitschaft der Laien zur verantwortlichen Mitarbeit innerhalb der römisch-katholischen Kirche.

Am Sonntagmittag ging die Bundesversammlung mit einem öffentlichen Gottesdienst auf dem Domfreihof in Trier zu Ende. Anlässlich des Weltgebetstags für Frauenordination mahnt die KirchenVolksBewegung darin die Erfüllung der Forderung nach Zugang für Frauen zu allen kirchlichen Ämtern in der römisch-katholischen Kirche an.

Zuletzt geändert am 07.11.2006